

## Rede von Walter Hallstein vor dem in Messina eingesetzten Regierungsausschuss (Brüssel, 9. Juli 1955)

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 13.07.1955, Nr. 127. Bonn: Deutscher Verlag. "Im Geiste der alten Europapolitik", p. 127-128.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_walter\\_hallstein\\_vor\\_dem\\_in\\_messina\\_eingesetzt\\_en\\_regierungsausschuss\\_brussel\\_9\\_juli\\_1955-de-38735494-bf50-4b80-9939-a5694e1dacfb.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_walter_hallstein_vor_dem_in_messina_eingesetzt_en_regierungsausschuss_brussel_9_juli_1955-de-38735494-bf50-4b80-9939-a5694e1dacfb.html)



**Publication date:** 05/11/2015

## Rede von Walter Hallstein vor dem in Messina eingesetzten Regierungsausschuss (Brüssel, 9. Juli 1955)

### Im Geiste der alten Europapolitik

#### **Rückhaltlose Bejahung des Beschlusses von Messina durch die Bundesregierung - Fester Wille zu einer europäischen Lösung**

Herr Präsident, meine Herren! Sie sind heute zusammengetreten, um über die Organisation der Konferenz und ihr weiteres Verfahren zu beraten. Gestatten Sie mir, daß ich versuche, zum Erfolg dieser Bemühungen durch einige grundsätzliche Bemerkungen beizutragen, die noch vor dem Eingehen auf diese Fragen liegen.

Diese Bemerkungen beziehen sich auf den Geist, in dem die Bundesregierung an die Ausführung des Beschlusses von Messina herantritt. An sich glaubte die Bundesregierung, in den Verlautbarungen ihrer maßgebenden Stellen und in ihrem Memorandum ihre Auffassung unzweideutig klargelegt zu haben. Aber wir sind nur Herren unserer eigenen Worte; wir sind nicht Herren der Auslegungen, die ihnen die Öffentlichkeit gibt. Vielleicht lag es nahe, daß in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation, die von Entwicklungsmöglichkeiten erfüllt ist, oder erfüllt zu sein scheint, stellenweise die Mißdeutung Platz gegriffen hat, die Bundesregierung halte an ihrer alten Politik der kraftvollen Integration Europas nicht mehr mit der vollen Stärke fest. Aber gerade in dieser gekennzeichneten Situation — darf dieser Irrtum nicht bestehen bleiben, und die deutsche Regierung möchte alles tun, damit er ohne Rest und überall verschwindet.

Zu diesem Zweck hat der Bundesminister des Auswärtigen, Herr von Brentano, am Mittwoch eine Erklärung vor der Gemeinsamen Versammlung des Europarates in Straßburg abgegeben. (Vgl. BULLETIN Nr. 125 vom 9. Juli 1955.) Zu diesem Zweck hat mich der Herr Bundeskanzler hierher entsandt, damit ich die große Linie der Politik der Bundesregierung auch an dieser Stelle noch einmal völlig klarstelle. Diese politische Linie ist nicht nur die rückhaltlose Bejahung des Beschlusses von Messina, sondern darüber hinaus der feste Wille, überall, wo sich auf Grund dieses Beschlusses Alternativen bieten, die europäische Lösung im Rahmen des Möglichen zu bevorzugen.

Wie ich schon in Messina erklärte, ist es die feste Überzeugung der Bundesregierung, daß die Integration mit einem entscheidenden Schritt wieder aufgenommen werden muß, und zwar jetzt und in diesem Kreise, in dem wir hier versammelt sind. Das ist eine wirtschaftliche, vor allem aber eine politische Notwendigkeit. Ich wiederhole, was ich darüber in Messina sagte. Es gibt keinen wirklichen Frieden in der Welt ohne ein stabiles Gleichgewicht zwischen Ost und West. Es gibt kein solches Gleichgewicht ohne ein einiges Europa, das hierbei auch sein Gewicht in die Wagschale wirft. Unter dem Aspekt dieser politischen Notwendigkeit muß nach Auffassung der Bundesregierung die Auslegung und Ausführung des Beschlusses von Messina stehen.

Wenn wir diesen Aspekt beachten, dann kann es auch nicht das Mißverständnis geben, als könnten unsere Bemühungen in einem Widerspruch zu den Bestrebungen in den größeren Organisationen des GATT und der OEEC stehen. Denn diese wirtschaftlichen Bestrebungen bedürfen unter politischem Aspekt nach Auffassung der Bundesregierung der Ergänzung durch jene engeren Bindungen, die wir hier im Hinblick auf die Einigung Europas anstreben. Beides ist notwendig: einerseits die allgemeine Herstellung freier wirtschaftlicher Beziehungen in einer freien westlichen Welt; andererseits die Schaffung eines politisch geeinten Europa, das sich diesem System der freien westlichen Welt als Teil einordnet. Beides ergänzt sich, beides stützt einander.

Ebenso gibt uns dieser europäisch-politische Aspekt vielfach einen Maßstab für die Beurteilung der Einzelheiten, die von den Sachverständigen zu erörtern sein werden. Auch unsere Fachleute werden sich ständig vor Augen halten müssen, daß es sich nicht nur um die Frage handelt, ob diese oder jene Lösung an sich vom wirtschaftlichen oder technischen Gesichtspunkt aus erstrebenswert ist, sondern auch und vor allem um die Frage, ob die Lösung zur Einigung Europas, wie wir sie hier in diesem Kreise herbeiführen wollen, beiträgt. Gewiß, eine technisch schlechte Lösung ist auch politisch wertlos. Aber vielfach werden

sich verschiedene technische Möglichkeiten bieten, bei denen man darüber streiten kann, ob die eine sehr viel besser ist als die andere. Und in jedem dieser Fälle ist vorab diejenige Lösung ins Auge zu fassen, welche die politische Integration der hier vereinigten Staaten fördert und fest gestaltet.

Schließlich liegt in der Beachtung des von mir genannten europäisch-politischen Aspekts — und das vor allem möchte ich für die Bundesregierung hier sagen — der Schlüssel für die Auslegung unseres Memorandums und unserer eigenen Stellungnahme. Danach ist es geradezu absurd, wenn man stellenweise gemeint hat, die Bundesregierung habe im Gegensatz zu ihrer bisherigen Politik sich nunmehr zu einer prinzipiellen Feindschaft gegen supranationale Lösungen auf diesem oder jenem Gebiet bekannt. Das ist absurd, sage ich. Denn wie kann man eine Einigung Europas als politisches Postulat wollen und sich dabei vornehmen, im Bezirk des Nationalstaatlichen zu bleiben! Keine verantwortliche deutsche Stelle hat jemals an eine derartige Absurdität gedacht. Selbst wenn gelegentlich der Gedanke einer Integration auf einzelnen Sachgebieten als weniger wünschenswert bezeichnet worden ist, geschah das nicht, weil den Anhängern dieser Meinung eine solche Teilintegration als zu europäisch erschien, sondern im Gegenteil, weil ihnen die Lösungen im europäischen Sinne unvorteilhaft, ja schädlich erschienen. In der Tat ist es ja wohl nicht denkbar, die europäische Einheit dadurch zu bauen, daß man zusammenhanglos eine branchemäßige Integration nach der anderen — erst Kohle und Stahl, dann Textilien, dann Werkzeugmaschinen oder dergleichen — jede mit einem besonderen Teilmarkt und jede mit einer besonderen Hohen Behörde — aneinanderreihet; und man ist kein schlechter Europäer, wenn man das ausspricht. Man leistet im Gegenteil dem Gedanken der wirksamen europäischen Integration einen Dienst, wenn man auch in diesem Punkte festhält, daß dieser Gedanke ein politischer, umfassender ist und auf ein Ganzes geht und daß sich alles, was wir tun, auch die Teilintegrationen, wo sie, wie z. B. bei der Atomenergie, notwendig sind, diesem Ganzen eingliedern muß.

Lassen Sie mich die dargelegte Auffassung noch an den Einzelheiten des deutschen Memorandums kurz illustrieren. Hinsichtlich der Frage des Verkehrs und der herkömmlichen Energie stimmen wir, wie aus dem Memorandum ersichtlich, wesentlich überein mit der Auffassung des Benelux-Memorandums; insbesondere ist auch nach unserer Auffassung hier institutionell noch alles offen. Hinsichtlich der Frage des weitaus wichtigsten Gebietes der Teilintegration, der Atomenergie, war die Bundesregierung von Anfang an der im Benelux-Memorandum dargelegten Auffassung, daß eine europäische Organisation mit europäischen, entscheidungsbefugten Stellen und europäischen Handlungsmitteln wünschenswert und notwendig ist.

Im gleichen Geist treten wir auch an die Frage der allgemeinwirtschaftlichen Integration heran. Auch hier haben wir in keiner Weise supranationale Organe abgelehnt. Wir sind im Gegenteil der Überzeugung, daß ein wirklich gemeinsamer Markt mit gemeinsamen Regeln auch in der einen oder anderen Form gemeinsame, supranationale Organe erfordert, welche die Innehaltung der gemeinsamen Regeln und ihr Funktionieren sicherstellen. Wenn wir in unserem Memorandum nicht von vornherein die Einrichtung dieser Organe, sondern zunächst ein konsultatives Komitee vorgeschlagen hatten, das seinerseits die weiteren institutionellen Vorschläge machen sollte, so war das nur ein Unterschied der Methode. Wir glaubten, daß die zunächst notwendige, mit Einstimmigkeit zu treffende Festlegung der Regeln des gemeinsamen Marktes zuerst in einem Konsultativ-Komitee vorbereitet werde, das dann im Zusammenhang damit die supranationalen Organe zu erwägen hätte, die für das Funktionieren dieser Regeln erforderlich sind. Nicht als Endziel, sondern als eine Stufe der Entwicklung war also der Konsultativausschuß gedacht. Wenn es sich als möglich erweisen sollte, diese Stufe der Entwicklung durch raschen Fortgang der Konferenz überflüssig zu machen, so würde das niemand mehr begrüßen als wir.

Ich bin am Ende dessen, was ich sagen wollte. Vom Standpunkt der Bundesregierung, ich wiederhole es, handelt es sich um Selbstverständlichkeiten. Aber in einer wirren und von Zweifeln erfüllten Zeit war es vielleicht nicht unnütz, wenn ich wiederholt habe, daß die Bundesrepublik ihre alte Europapolitik weiter verfolgt, und daß sie im Geist dieser alten Europapolitik den neuen Abschnitt der Integration in Angriff nimmt.